

Politikberatung durch die Wirtschaftswissenschaften in den neunziger Jahren

Von Bundesrat Arnold Koller, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements

Die Verhältnisse von Land und Volk zahlenmässig zu ermitteln, die Armut und Kriminalität zu bekämpfen, die öffentliche Gesundheit zu verbessern und allgemein die Grundlagen für eine umfassende Wohlfahrtspflege zu schaffen waren die Grundanliegen, die vor 125 Jahren zur Gründung der Vorläuferin der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft führten. *Politikberatung* stand aber nicht nur an der Wiege Ihrer Gesellschaft: In den 125 Jahren ihres Bestehens hat Ihre Gesellschaft stets zur gegenseitigen Durchdringung von Wissenschaft und Politik in der Schweiz wesentliches beigetragen, sie mitgestaltet und mitgeformt. An den Jahrestagungen wurde und wird Wert darauf gelegt, ein Forum zu schaffen, an dem Wissenschaftler und Politiker zu Wort kommen. Ich habe daher Ihrer Einladung, zu Ihnen über Politikberatung durch die Wirtschaftswissenschaft in den neunziger Jahren zu sprechen, gerne Folge gegeben.

Vorerst möchte ich aber Ihrer Gesellschaft im Namen des Bundesrates für Ihre langjährige wertvolle wissenschaftliche Tätigkeit und Ihre Offenheit gegenüber den Anliegen der Politik bestens danken und Sie zum 125jährigen Jubiläum beglückwünschen. Mögen Ihre Gesellschaft und die in ihr vereinigten Wissenschaftler, ungeachtet aller natürlichen Spannungen zwischen Wissenschaft und Politik, auch in Zukunft immer wieder zum *Wohle der Allgemeinheit* beitragen und auch die gegenseitige *Verständigung* suchen.

Denn in der Tat ist das *Verhältnis von Wissenschaft und Politik* kein spannungsfreies: Wissenschaftler und Politiker, Theoretiker und Praktiker, oder wie es *uesküll* ausdrückte: "Merklinge" und "Wirklinge", gehören – trotz allem Gerede von der Politisierung der Wissenschaft und der Verwissenschaftlichung der Politik – zwei verschiedenen Welten an. Wollen die einen vorab erklären, so wollen die anderen handeln.

Wissenschaftliches Denken heisst Fragen und Folgern. Der Wissenschaftler ist zunächst ein Fragender. Im Fragen, Hinterfragen, im Infragestellen, im intuitiven Erfassen und bewussten Formulieren neuer Fragen und damit im Eröffnen des noch nicht Gedachten liegt die ureigenste Berufung der Wissenschaft. Der grosse Philosoph *Ludwig Wittgenstein*, dessen 100. Geburtstag gestern gefeiert wurde, hat meines Erachtens zu Recht erklärt: "Wenn sich eine Frage überhaupt stellen lässt, so kann sie auch beantwortet werden." Der Wissenschaftler bewegt sich in einem steten Vorgang von Fragen und Folgern, einem ständigen Hin und Her zwischen Theoriebildung und Theorieprüfung. Damit gerade dies in

nachvollziehbarer Weise möglich bleibt, kann selbst die wirklichkeitsnächste und vollständigste Theorie nie ein Abbild der Wirklichkeit sein, sondern muss eine von der Wirklichkeit verschiedene, mit Vereinfachungen und Abstraktionen arbeitende Rekonstruktion der Wirklichkeit bleiben.

Politische Tätigkeit beginnt zwar hoffentlich auch mit Fragen und Folgern. Die Berufung des Politikers liegt indessen im *Entscheiden und Durchsetzen*. Er muss, um das staatliche Gemeinwesen gestalten zu können, dem Denken die Tat folgen lassen. Für ihn zählt sich – ob zu Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt – aktives Handeln regelmässig besser aus als passives Abwarten. Um seinen Entscheid in einer bestimmten geschichtlichen Situation durchsetzen zu können, ist er auf einer Gratwanderung zwischen Beharrlichkeit und Flexibilität gezwungen, einen tauglichen Kompromiss zwischen eigenen und unterschiedlichen fremden Ziel- und Wertvorstellungen zu finden. *Comte* hat dies mit dem Satz “*Tout synthèse doit être subjective puisque l’objectivité reste toujours analytique*” umschrieben. In der Synthese und in der Subjektivität liegt die Kreativität des Politikers.

Diese knappe Skizze des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik ist natürlich idealtypisch verkürzt. Trotzdem ist sie nicht ohne Wirkung in der Wirklichkeit, spiegelt sie sich doch in den beiderseitigen *Vorurteilen* bei Wissenschaftlern und Politikern, die, wie ich aus Erfahrung weiss, nach wie vor bestehen. Allzu viele Wissenschaftler sehen in der Politik in erster Linie ein garstig Geschäft und den Politiker gern als Opportunisten, der sich vor allem um seine Wiederwahl und wenig um die langfristigen Folgen seines Handelns kümmert. Politiker halten Wissenschaftler im besseren Fall zwar für geschickt, aber weltfremd. Im schlimmeren Fall sehen sie in den Wissenschaftlern vorab ein nützliches Werkzeug zur Erreichung ihrer Ziele.

Spannungen lassen sich auch aus der *gewandelten Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Wissenschaft* für die Politik ablesen. Die Wissenschaftsgläubigkeit in jenem absoluten Sinne, dass man bei jedem gesellschaftlichen Problem nur das tun müsste, was die Wissenschaft sagt, gehört, wenn es sie überhaupt je gegeben hat, bereits der Vergangenheit an und hat einer viel differenzierteren Haltung Platz gemacht, die zwar die Stimme oder besser die Stimmen der Wissenschaft hören möchte, aber sie nicht weiter als alleinseligmachende gelten lässt. Die Euphorie der sechziger Jahre, des “Zeitalters der Ökonomen” (*Heller*), mit dem “Council of Economic Advisors” in den Vereinigten Staaten, dem Sachverständigenrat in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz – nach üblicher Verzögerung – der Kommission für Konjunkturfragen, dem Bericht Jöhr zu den Bundesfinanzen, den Langfristperspektiven Kneschaureks, den Gesamtkonzeptionen zu Verkehr, Energie und Medien sowie dem sogenannten Bericht der drei sogenannten Weisen zur Lage der Wirtschaft, ist Ende der siebziger Jahre der Ernüchterung gewichen. Neben dem Streit zwischen Monetaristen und Keynesianern, der ausgebliebenen

Früherkennung von gesellschaftspolitischen Problemen durch die Wissenschaft – zum Beispiel die Überfremdungsfrage in der Schweiz – hat dazu vor allem der jähe und unerwartete Entwicklungsbruch der Krise von 1973/74 und die daraus folgende Verunsicherung beigetragen. Die “Grenzen des Wachstums” wiesen auf die “Grenzen der Wissenschaft” und auf die “Grenzen der Politikberatung” hin. Die Politiker wurden sich wieder vermehrt ihrer ureigensten Aufgabe bewusst, nämlich die Geschichte und die nationalen Gegebenheiten zu bedenken (*Karl Schmid*) und den politischen Entscheid nicht der Wissenschaft zu überlassen, sondern selber zu treffen.

Ich kann und will hier nicht das Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik erschöpfend darstellen. Fragen der verschiedenartigen Legitimation und Kontrolle sowie der ethischen Verantwortlichkeit von Wissenschaftlern und Politikern, dann aber auch Fragen von zulässigen und unzulässigen gegenseitigen Ansprüchen wären zu behandeln. Sie alle setzen der wissenschaftlichen Politikberatung Grenzen. Lediglich die *Grenzen*, welche das politische System unseres Landes, seine Institutionen, Prozesse und Akteure, der Politikberatung auferlegen, möchte ich kurz streifen.

Die Institutionen der direkten Demokratie, der Konkordanz, des Milizprinzips und des Föderalismus modifizieren *Bedarf und Wirkungsmöglichkeiten* der wissenschaftlichen Beratung. Die Schiedsrichterfunktion in der politischen Auseinandersetzung, die in parlamentarischen Konkurrenzsystemen häufiger der Wissenschaft zufällt, wird zu einem grösseren Teil direkt und indirekt von den Stimmbürgern wahrgenommen. Die Instrumente der direkten Demokratie machen die Suche nach referendumsfesten Kompromissen unerlässlich, ohne dass dadurch Wiederwahlchancen im selben Ausmass berührt werden wie in politischen Systemen, in welchen Wahlen enger mit der betriebenen Sachpolitik gekoppelt sind. Die stete Referendumsdrohung dämpft Parteienzwiste in der Konkordanzregierung, die andernorts den Ruf nach dem sogenannt objektiveren Rat der Wissenschaft ertönen lassen. Das Milizprinzip bringt es mit sich, dass zwischen Wissenschaft und Politik in Behörden, Parteien und Verbänden aller Ebenen unseres Staatswesens mannigfache kommunizierende Röhren bestehen, welche den Bedarf an externen Formen wissenschaftlicher Beratung verringern. Der Föderalismus kann die Wirksamkeit der Politiken der verschiedenen staatlichen Ebenen brechen, ja sogar konkurrenzieren. Ich denke dabei beispielsweise an die Fiskalpolitik des Bundes, deren Wirksamkeit ungeachtet der bedeutenden Transferbeziehungen zwischen Bund und Kantonen auf Grenzen stösst, und mit ihr natürlich die auf sie zielende Politikberatung.

Ein den politischen vom wissenschaftlichen Prozess unterscheidendes Kennzeichen ist vor allem auch sein Verhältnis zum *Faktor Zeit*. Der politische Prozess ist träge und hektisch zugleich. Lediglich aufgrund einer Früherkennung eines Problems, welche die gründliche Erforschung sämtlicher Kausalbezüge und

Auswirkungen einer geplanten Massnahmen erlaubte, kann weder gehandelt, geschweige denn ein Entscheid durchgesetzt werden. Denn bekanntlich geht mindestens in Demokratien fast gar nichts, bis ein Übel eine gewisse Schwere und Bekanntheit erreicht hat. Dann aber gilt es zu handeln, und gefragt ist Tauglichkeit und Akzeptanz statt Perfektion. Wie *Henry Kissinger* zu Recht festgehalten hat, besteht das Dilemma moderner Staatsführung darin, dass die Männer in Schlüsselpositionen staatlicher Macht kaum so viele Stunden zum Studium eines Problems hätten wie die Fachleute Jahre, und *Immanuel Kant* hat diese "condition politique" treffend wie folgt umschrieben: "Die Notwendigkeit zu entscheiden reicht weiter als die Möglichkeit zu erkennen." Ergebnis der zahlreichen Probleme, die der raschen Lösung harren, ist die fast konstitutionelle Überlastung der Politik und die chronische Zeitnot der Politiker. Die Stichworte Waldsterben, Aids, europäische Integration, Gentechnologie, Bildungsoffensive in den Bereichen der Mikroelektronik und Informatik, operationelle Kriterien zur Beurteilung der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern sowie Bodenrecht verdeutlichen dies. Wissenschaftliche Politikberatung gerät dann leicht auch in den Strudel der die Politik kennzeichnenden Zeitnot. Die drei Weisen, Gottfried Bombach, Henner Kleinewefers und Luc Weber, legen im Vorwort zu ihrem seinerzeitigen Bericht zur Lage der schweizerischen Wirtschaft davon beredtes Zeugnis ab: für die Ausarbeitung ihres Berichts standen ihnen 5½ Monate zur Verfügung, von denen sie effektiv nur vier Monate nutzen konnten. In dieser Zeit mussten sie mehrmals mit der Arbeit von vorn beginnen, da sie von sich überstürzenden wirtschaftlichen Ereignissen sowie von geplanten oder bereits ergriffenen Massnahmen überholt wurden. Sie mussten zudem darauf verzichten, in vielen Bereichen vertiefte Analysen vorzunehmen, jeweils die neuesten Zahlen zu beschaffen und eine perfekte äussere Form zu erreichen.

Wissenschaftliche Politikberatung wird sodann vor allem durch unterschiedliche *Denkweisen und Sprachen* der jeweiligen Akteure erschwert, die sich zu eigentlichen Verständigungshürden aufbauen können. Ökonomische Erkenntnisse finden bei Politikern in der Regel nur insoweit Beachtung, als sie in einer auch für den wirtschaftswissenschaftlichen Laien verständlichen Sprache vermittelt werden. Juristen haben es diesbezüglich bekanntlich leichter. Folge davon ist die Gefahr, dass Regulierung und Institutionalisierung, dass Verteilungsaspekte und Wahrung des Besitzstandes zulasten der ökonomischen Effizienz bevorzugt werden. Ein aktuelles Beispiel aus meinem Departement, das Mietrecht, illustriert dies: Preissteigerungen als Funktion der Kosten werden williger akzeptiert als solche, die Ausdruck von Knappheit und Opportunitätskosten anderer Allokationsmechanismen wie Warteschlangen und administrierte Zuteilung sind.

Mit dieser kurzen Schilderung der natürlichen Spannungen zwischen Wissenschaft und Politik wollte ich Ihnen lediglich das Umfeld und gewisse Grenzen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung bewusst machen, keineswegs aber

ihre Nützlichkeit, ja Notwendigkeit in Frage stellen. Ihre Erfolge und die auf uns zukommenden Herausforderungen verbieten dies. Zur Debatte steht allein deren *Verbesserung*.

Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung kann über den Bereich der eigentlichen Wirtschaftspolitik hinaus unzweifelhaft *Erfolge* ausweisen, die allerdings häufig unspektakulär sind und bisweilen weder von den Politikern selbst noch von der Öffentlichkeit gebührend wahrgenommen werden. Zu nennen sind hier beispielsweise der frühzeitig von der Wissenschaft geforderte Übergang zu flexiblen Wechselkursen, die Impulse, welche der bereits erwähnte Bericht der drei Weisen der Sozialpolitik verlieh, die Einführung neuer und verbesserter Instrumente für die Geld- und Währungspolitik, für die Haushaltsführung und für die organisatorische Verwaltungseffizienzsteigerung auf allen drei staatlichen Ebenen, die Lösungsvorschläge und Diskussionsbeiträge zur Gesundheits-, Drogen- und Umweltpolitik sowie die prognostischen Modelle, die von zahlreichen universitären und privaten Instituten der Politik zur Verfügung gestellt werden.

Ein kurzer Blick auf die kommenden *Herausforderungen*, mit denen sich die schweizerische Politik, insbesondere die schweizerische Wirtschaftspolitik, konfrontiert sieht, lässt einen Verzicht auf wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung als wenig ratsam, ja als unmöglich erscheinen. Der Bundesrat setzt in seinem Bericht über die Legislaturplanung 1987 bis 1991 sieben Schwerpunkte, über die er als Leitmotiv das "qualitative Wachstum" stellt:

1. die weltweite Herausforderung und europäische Integration
2. die Sicherheitspolitik
3. Innovation, Arbeit und Kultur
4. Umwelt, Landschaft und Infrastruktur
5. die soziale Sicherheit und Gesundheit
6. die neue Finanzordnung
7. die Wirksamkeit staatlicher Massnahmen

In bezug auf die Forschung hat der Bundesrat, gestützt auf Vorschläge des Schweizerischen Wissenschaftsrats, die drei Schwerpunkte "Neue Technologien und ihre vielseitigen Auswirkungen", "Schutz der Umwelt und natürlicher Lebensgrundlagen" sowie "Individuum, Gesellschaft und Staat im Wandel der Zeit" festgelegt. Die meisten dieser politischen und forschungspolitischen Schwerpunkte werden bestimmt über die laufende Legislaturperiode hinaus auch für die weiteren neunziger Jahre gültig sein. Nach *Max Weber's* Satz "Denn man braucht sicherlich selbst kein Schuster zu sein, um zu wissen, ob der Schuh drückt, den der Schuster hergestellt hat" und meinen obigen Ausführungen kann und darf es nicht meine Aufgabe sein, Ihnen, den Wissenschaftlern, die Fragen,

welche sich an die Wirtschaftswissenschaften aus diesen Schwerpunkten ergeben, zu entdecken und zu formulieren.

Der Begründer der klassischen Nationalökonomie, *Adam Smith*, hat in seinem Werk über den Wohlstand der Nationen unter anderen Fragen zur Grösse des Marktes, zum Lohn der Arbeit, zur Bodenrente, zum Zins, zum Aussenhandel und zu den öffentlichen Finanzen behandelt. Ihre Gesellschaft setzte sich anlässlich ihrer Generalversammlungen mit Themata wie Reform der Bundesfinanzen, Preispolitik, Löhne und Preise, Stellung der Schweiz in der Weltwirtschaft, Agrarschutz in der Schweiz, Renaissance des Wettbewerbs, Kartellprobleme, Schweiz und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa, Strukturwandel des schweizerischen Kapitalmarktes, Planung des Strassennetzes, Bevölkerungsentwicklung, Energiepolitik, Wohnungspolitik, Mehrwert von Grund und Boden usw. auseinander. Das Nationale Forschungsprogramm Nr. 9 "Mechanismen und Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft und deren soziale Auswirkungen" hatte auch den technischen Fortschritt, den schweizerischen Arbeitsmarkt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zum Gegenstand. Halte ich mir all diese unvermindert aktuellen Fragestellungen vor Augen, so schliesse ich als wirtschaftswissenschaftlicher "Nicht-Schuster", dass die *Herausforderung der Wirtschaftswissenschaften in den neunziger Jahren aus der Sicht der Politik weniger im Aufspüren grundsätzlich neuer Fragestellungen liegt, sondern vielmehr in der Aktualisierung der Antworten auf die dringenden Probleme, deren verbesserten Verbreitung und rascheren Umsetzung.*

Die gegenseitige *Durchdringung* von Wirtschaftswissenschaften und Politik wird und muss in einer immer engeren und verknüpfteren Welt aller Grenzen zum Trotz weiter zunehmen. Es ist kein Ende der Ausbreitung weder der Staatstätigkeit noch der exponentiellen Zunahme der Informationsversorgung abzusehen, und der Bedarf an Orientierungshilfen zum besseren Verständnis der Komplexität der Welt mit Hilfe des Intellekts wird weiter wachsen. Die Beschleunigung des Wandels und der Wissensverbreitung sowie die sich in immer kürzeren Abständen folgenden tiefgreifenden Änderungen machen eine raschere *Umsetzung* und verbesserte *Verbreitung* wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Politik notwendig, falls die politische Entscheidungsfindung sich nicht allein auf Entschlussfreude, Intuition und Dogmatismus stützen, das Risiko von Fehlentscheiden kleiner werden und letztlich die Freiheit und das Überleben gesichert werden sollen. Machtteilung ist eines der konstitutiven Elemente des freiheitlichen Staates und die Macht des Wissens muss geteilt werden. *Karl W. Deutsch* wandte sich mit folgenden Worten gegen die Auffassung, wonach Wissen vor allem ein Herrschaftsmittel sei: "Diese Auffassung ist zu eng und gefährlich. Jene Gesellschaften, die Wissen als ein Herrschaftsmittel betrachten und es geheimhielten, sind zugrunde gegangen. Die Hieroglyphen, die Geheimschrift der Priesterkaste, sind nicht weit gekommen. Wissenschaft und Wissen sind heute

Rettungsmittel. Sie sind Mittel, mit denen wir einander helfen können. Je mehr wir Dinge geheimhalten, desto weniger werden wir wissen."

Welche *Möglichkeiten* bieten sich an, um die genannten drei Postulate zu verwirklichen? Zum einen sind hier die Leistungen des Staates für die Wissenschaften und die Nahtstellen, die zwischen den beiden bestehen, zum anderen die Anforderungen an den einzelnen Wissenschaftler zu nennen.

Enge Berührungspunkte ergeben sich allein schon daraus, dass die öffentliche Hand wesentlich und in zunehmendem Masse zur *Finanzierung* der Hochschulen und der Forschung und damit zur Ausbildung von Wissenschaftlern beiträgt, sowie aus ihrem Anspruch, bei der Verwendung dieser Mittel mitzubestimmen. Gestützt auf das geltende Forschungsgesetz legt der Bundesrat aufgrund der Vorschläge des Wissenschaftsrats und nach Anhörung der interessierten Kreise Ziele und Dringlichkeiten in der Forschung fest.

Durchaus mit Blick auf ihre politische Relevanz hat der Bundesrat 1975 die Möglichkeit *nationaler Forschungsprogramme* geschaffen, die vom Nationalfonds betreut werden. Ihre Hauptfunktion ist die "Durchführung von Forschungen, die zur Lösung von Aufgaben im nationalen Interesse benötigt werden". Zudem dienen sie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Im Bereich der zur Bewältigung der komplexeren Verwaltungsaufgaben unerlässlichen *Ressortforschung* wird der Bundesrat die aufgrund des Forschungsgesetzes erarbeitete Mehrjahresplanung der Ressortforschungsstellen für die Jahre 1988 bis 1991 realisieren. Hierbei wird die Evaluation von Ergebnissen der Ressortforschung ausgebaut werden.

Um die Wirkung staatlicher Massnahmen, die in komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge eingreifen, erforschen zu können, bildet die *Evaluationsforschung* einen der bundesrätlichen Schwerpunkte der laufenden Legislatur. Die mit Ermächtigung des Bundesrates von meinem Departement zu diesem Zweck eingesetzte interdepartementale Arbeitsgruppe "Gesetzesevaluation" hat bereits mehrere Wirkungsanalysen in Auftrag gegeben. So namentlich im Bereich der beruflichen Vorsorge, der Energiesparmassnahmen und der Landwirtschaft. Eine von ihr in Auftrag gegebene Studie ermittelte 170 Evaluationsstudien, von denen über ein Drittel vom Bund in Auftrag gegeben wurden. Ausserdem hat der Bundesrat entschieden, im Rahmen der fünften Serie der Nationalen Forschungsprogramme das Programm zum Thema "Wirksamkeit staatlicher Massnahmen" durchführen zu lassen. Der Ausführungsplan dazu soll noch dieses Jahr vom zuständigen Departement genehmigt werden können.

Eine nicht zu unterschätzende Vorleistung für die Wissenschaft erbringt der Staat, indem er eine *Datenbasis* bereitstellt und aufarbeitet. Diese Aufgabe, welche der ursprünglichen Zielsetzung Ihrer Gesellschaft entspricht, mag in Ihren Augen noch ungenügend sein. Das Schlagwort vom "statistischen Entwicklungsland Schweiz" ist mir bekannt. Eine gewisse Besserung gerade

im Bereich der für die Wirtschaftswissenschaften relevanten Daten ist jedoch in Sicht: Aufgrund eines Beschlusses des Bundesrates von 1985 ist gegenwärtig ein umfassendes wirtschaftsstatistisches Revisionsprogramm in Bearbeitung, das einen grundlegenden Ausbau der Wirtschaftsstatistik bis 1992 vorsieht. Und der Bundesrat hat gestern in Erfüllung eines Postulates beschlossen, eine periodische Strukturberichterstattung einzuführen und materiell zu fundieren. Damit soll der Strukturwandel beschrieben, politikorientiert analysiert und seine Tendenzen aufgezeigt werden.

Die *personelle Verflechtung* bildet eine weitere wichtige Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Institutionalisiert ist sie beispielsweise durch die zahlreichen eidgenössischen Expertenkommissionen, namentlich die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, die Fachleute aus Industrie, Hochschuldozenten mit Industrieerfahrung sowie Vertreter der Verwaltung und der Forschungsförderungsinstanzen des Bundes umfasst. Zur besseren Durchdringung von Wissenschaft und Politik tragen nebst den zahlreichen wissenschaftlich geschulten Spezialisten in der Verwaltung hoffentlich auch die politisierenden Professoren und zahlreiche Beamte bei, die Lehraufträge an unseren Hochschulen erfüllen.

Sollen wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse vermehrt in der Politik Beachtung finden, so kann dies auch geschehen, indem der einzelne Ökonom bestimmte *Anforderungen* an die wissenschaftliche Politikberatung berücksichtigt. Dazu gehört, dass er den Anliegen der "Wirklinge" mehr Aufmerksamkeit widmet, dass er das Fragen und Folgern vermehrt auf das Entscheiden und Durchsetzen ausdehnt, also sich mehr Gedanken über die praktische Umsetzung macht. Dies setzt voraus, dass er nebst seinem aktuellen Fachwissen über weitgehende politische und praktische Kenntnisse, eine eigene Weltanschauung sowie über den "coup d'œil" (*W.A. Jöhr*) verfügt, der ihn intuitiv die richtigen und wichtigen Fragestellungen finden lässt. Er soll seine Erkenntnisse in einer allgemein verständlichen Sprache vermitteln können, die es dem Politiker erlaubt, sie ohne Übersetzung in seiner Arbeit zu verwenden, und er soll sie zeitgerecht in allgemein zugänglichen Medien veröffentlichen. Pointiert ausgedrückt soll der Wissenschaftler in einem gewissen Masse durchaus in die Niederungen der Politik hinuntersteigen. Was er dabei an wissenschaftlichem Prestige zu verlieren droht, mag seine Arbeit an gesellschaftlicher Relevanz gewinnen. Er muss sich, wenn er nicht Schaden nehmen soll, lediglich seiner Rolle als unabhängiger Politikberater bewusst bleiben und der Versuchung widerstehen, nicht selber Politik machen zu wollen. Es gilt, was *F. A. von Hayek* festgehalten hat: "Wenn es einen Fortschritt der Ansichten geben soll, darf sich der Theoretiker, der die Führung bietet, nicht durch die Ansichten der Mehrheit gebunden fühlen. (...) Obwohl er sich nicht die Stellung eines «Führers» anmassen darf, der entscheidet, was die Menschen denken sollen, ist es seine Pflicht, Möglichkeiten und Folgen gemeinsamen Han-

delns aufzuzeigen und umfassende Ziele der Gesamtpolitik vorzuschlagen, an die die Mehrheit noch nicht gedacht hat." Mögen Sie mich recht verstehen: Es geht mir keineswegs darum, aus jedem Wirtschaftswissenschaftler einen Politikberater zu machen. Nicht jeder Wissenschaftler ist zur kreativen Grundlagenforschung und gleichzeitig zur effizienten Politikberatung berufen. Wissenschaftler, die es in beidem zur Meisterschaft bringen, dürften Ausnahmeerscheinungen sein. Eine gewisse Arbeitsteilung nach Eignung und Neigung verspricht auch hier am meisten. Ich möchte auch nicht verschiedene Wissenschaftertypen gegeneinander ausspielen und schon gar nicht die problemorientierte Forschung, die nur allzu leicht dem Politiker zur Legitimationsbeschaffung dient, gegenüber der freien Grundlagenforschung, deren Wert nicht hoch genug veranschlagt werden kann, bevorzugen. Es ging mir lediglich darum, gewisse Eigengesetzlichkeiten erfolgreicher wissenschaftlicher Politikberatung aufzuzeigen und damit zur Verbesserung der Verständigung zwischen Wissenschaftlern und Politikern beizutragen.

Die Politiker ihrerseits müssen sich bewusst bleiben, dass wissenschaftliche Beratung zwar hilfreich sein kann, den politischen Entscheid jedoch nicht zu ersetzen vermag. Verhängnisvoll wäre auch, wenn die Politik die Wissenschaft allzusehr zu domestizieren versuchte. Wissenschaft kann nur in Freiheit gedeihen. Und schliesslich müssen wir uns alle, Wissenschaftler und Politiker, bewusst bleiben, dass wir in einer Welt der Ungewissheit leben. Wissenschaftler wissen nie, wie lange die von ihnen aufgestellten Theorien Gültigkeit behalten. Noch weniger ist in der Politik mit Sicherheit vorauszusehen, wie sich Entscheide letztlich auswirken. Zum Glück, möchte ich sagen, denn diese Ungewissheit bedeutet gleichzeitig Freiraum, Offenheit für neue Fragen und neue Antworten. Nur so wird es Politik und Wissenschaft gemeinsam gelingen, die grossen Herausforderungen der neunziger Jahre zum Wohle aller zu bestehen.

Zusammenfassung

Politikberatung durch die Wirtschaftswissenschaften in den neunziger Jahren

Angeichts der Herausforderungen an die schweizerische Politik in den neunziger Jahren (z. B. wirtschaftliche Integration Europas, Bodenproblem, internationale Verschuldung), der weiterwachsenden Durchdringung und des sich beschleunigenden Wandels von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bestehen keine Zweifel an der fortdauernden Notwendigkeit der wissenschaftlichen Politikberatung. Im Vordergrund stehen dabei weniger grundsätzlich neue Fragestellungen an die Wirtschaftswissenschaften als die Aktualisierung der Antworten auf bekannte Probleme. Wichtig ist vor allem, dass wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse besser zugänglich gemacht und rascher umgesetzt werden. Dafür bieten die bestehenden Nahtstellen zwischen Wissenschaft und Politik mannigfaltige Gelegenheiten. Werden sie systematisch und kontinuierlich genutzt, so steht der Verbesserung der Verständigung zwischen den "zwei Welten" zum Vorteil der Allgemeinheit wenig im Wege.

Zwischen Wissenschaft und Politik besteht aufgrund ihrer verschiedenartigen Aufgaben ein natürliches Spannungsverhältnis, das sich unter anderem in fortbestehenden beiderseitigen Vorurteilen zwischen Wissenschaftlern und Politikern und neu in der gewandelten Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Wissenschaft für die Politik spiegelt. Begrenzt allein schon dies die wissenschaftliche Politikberatung, so setzt das politische System der Schweiz weitere, zum Teil spezifische Grenzen, die in seinen Institutionen, Prozessen und Akteuren wurzeln.